

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Slangendorf, Thurm, Niederwülten, Kabschnappel und Lirichheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

№ 264

68. Jahrgang

Dienstag, den 12. November

1918.

1918.

Die nächste Auszahlung der Kriegerverdienstlohn-Unterstützung erfolgt am Donnerstag, den 14. November d. J. 1918.

Stadtrat Lichtenstein, am 11. November 1918.

Mit dem heutigen Tage wird der 4. Termin Gemeindefinanzkontrollen abgehalten. Die Begleichung hat bis spätestens den 30. November d. J. zu erfolgen.

Stadtrat Lichtenstein, am 11. November 1918.

Belanntmachung.

Mit Genehmigung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes wird

die Verarbeitung von Kartoffeln zu Brennereizwecken im Königreich Sachsen untersagt.

Die Kommunalverbände haben die in ihrem Bezirk befindlichen zu Brennereizwecken bestimmten Kartoffeln sofort zu enteignen.

Zwischenhandlungen werden gemäß § 17 der Bundesratsbeschlusses vom 25. September 1915 über die Errichtung von Preis-Prüfungsstellen und die Versorgungsregelung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Dresden, am 9. November 1918.

Ministerium des Innern.

Kurze wichtige Nachrichten.

- Die Gerüchte, daß deutsche Seestreitkräfte sich der englischen oder französischen Flotte angeschlossen hätten, entbehren jeder Begründung.
- Seit Sonnabend ist die Grenze zwischen Deutschland und dem Deutschen Reich für den Reiseverkehr ausnahmslos gesperrt.
- Das Amtsorgan des Leipziger A. u. S.-Rates veröffentlicht den Text eines Geheimvertrages, der zwischen Deutschland und Japan verhandelt werden solle mit der Spitze gegen Amerika u. England, sodas die beiden Vertragschließenden die Interessensphäre in Asien festlegen.
- Der „B. Z.“ zufolge sind tschechische Truppen in Ober-Ungarn eingedrungen und haben die Verwaltung der Behörden übernommen.
- Aus Bern meldet die „B. Z.“: Der Bundesrat hat unter Berufung auf die bolschewistischen Umtriebe die Beziehungen zur Berner Vertretung der russischen Sowjetrepublik abgebrochen.
- Bei den amerikanischen Kongresswahlen wurden 210 Republikaner und 181 Demokraten gewählt.

Das Rad rollt weiter.

Die Revolution in Deutschland hat eine Ausdehnung angenommen, die vor wenigen Tagen noch von Nichteingeweihten wohl kaum für möglich gehalten wurde. Gott sei Dank ist die Entwicklung bis jetzt in verhältnismäßiger Ruhe vor sich gegangen, zu Blutvergießen ist es, soweit uns bis jetzt Berichte vorliegen, wenig gekommen. Die wichtigsten Ereignisse des Tages in der inneren Politik ist die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen, die sich unter der Einwirkung der Geschehnisse der letzten Zeit tatsächlich zu einer Notwendigkeit gestaltet hatte. Vorläufig ist nicht das ganze Hohenzollernhaus ausgeschaltet, sondern es soll eine Regentschaft für den ältesten Sohn des Kronprinzen eingesetzt werden. Ob aber die Entwicklung hierbei stehen bleiben wird, muß abgewartet werden.

Folgende Telegramme unterrichten unsere Leser über die wichtigsten Vorgänge der letzten Stunden:

Abdankung des Kaisers.

Berlin, 9. November. (Amtlich). Der Kaiser und Königin hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlegung eines Gelegenheitsgesetzes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volkstheile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler Max Prinz von Baden.

Auch die bürgerlichen Mehrheitsparteien für die Abdankung.

Berlin, 9. November. Gestern Abend fand noch eine interfraktionelle Besprechung statt, in der neben der preussischen Verfassungsfrage die Abdankung des Kaisers erörtert wurde. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien haben sich schließlich angesichts der allgemeinen Lage auf den Standpunkt der sozialdemokratischen Entschlieung gestellt und sich für die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers und Thronverzicht des Kronprinzen ausgesprochen unter Wahrung ihres grundsätzlichen Festhaltens an der Monarchie.

Aufsehe des neuen Reichskanzlers.

Berlin, 9. November. Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Kundgebung an die deutschen Bürger:

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Vorfälle in kurzen berichten. Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen, und die Freiheit, die es erlangen hat, zu beschützen.

Mitbürger! Ich bitte euch alle um eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die uns harret. Ihr wisst, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Minderung und Raub mit Elend für alle. Die Fernsten würden am meisten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Verf. sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergräbt, verständig sich aufs Schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte euch alle dringend, verlaßt die Straßen. Seht für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler Ebert.

Die neue Regierung im Werden.

Berlin, 9. November. Ebert ist mit der Bildung der Reichsregierung beauftragt. Die neue Regierung hat sich im wesentlichen konstituiert. Dem Reichskanzler Ebert wird als Vizekanzler der Führer der Unabhängigen, Haase, zur Seite stehen. Als Staatssekretäre ohne Portefeuille sind die Sozialdemokraten Scheidemann und Landberg aussersehen. Die Aufnahme von Staatssekretären der bisheriger Mehrheitsfraktionen gilt als ge-

scheitert; denn die unabhängigen Sozialdemokraten haben verlangt, daß eine rein sozialistische Regierung gebildet werde. Die oberste Polizeigewalt ist dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Paul Hirsch übertragen worden. Neben der Regierung übt ein Arbeiter- und Soldatenrat eine mitarbeitende und anscheinend auch kontrollierende Tätigkeit aus.

Berlin, 9. November. Reichskanzler Ebert veröffentlicht folgenden Aufruf:

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben. Aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder an seinen Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler Ebert.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 10. November. Amtlich: Folgendes ist Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:

1. Internationales sechs Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belägen, Westfront und Ostfront bis zum 11. Tag. Das an Truppen nach dieser Zeit übrig bleiben wird, interniert oder interniert werden.
3. Abbruch von 1000 Kanonen, 1000 Schiffe, 10000 Maschinengewehre, 10000 Minenwerfer, 10000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheingebietes, Westfront, 1000 Kanonen, 1000 Schiffe, 10000 Maschinengewehre, 10000 Flugzeuge.
5. Auf rechtliche Abklärung der 10000 Kanonen, 10000 Schiffe, 10000 Maschinengewehre, 10000 Flugzeuge.
6. Auf Linken Rheingebiet bis zum 11. Tag, alle Arbeiten, Eisenbahn und Posten zu lassen.
7. 1000 Kanonen, 1000 Schiffe, 10000 Maschinengewehre, 10000 Flugzeuge.
8. Unterhalt der belagerten Befestigungstruppen durch Landmacht.
9. Die 1000 Kanonen hinter die Fronten vom 1. August 1914 zurückzuführen; Termin dafür nicht anzugeben.
10. Bericht auf Verträge von Reich, Provinz und Provinz.
11. Bedingungen für Kapitulation von Skizzen.
12. Uebergabe des Landes der belagerten Stadt, des russischen und rumänischen Gebietes.

nnen
gebung,
19. Kreis!

halb 5 Uhr

auf zum Protest
unterrichtet sein will,
offener Partei- und

Wahlkreises

elde zuge-
im festen

ont,
ut,

et Montag

unerforsch-
einen lieben

ser

Deser
ebenen.

Lichtenstein.
12. 11. 1918